

Walther Langer
II 23

Erinnerungen an die Zeit vom Waffenstillstand

November 1918
bis zum Ende der Inflation
November 1923

Der zweite Weltkrieg und seine Folgen haben den ersten und seine Auswirkungen völlig in den Hintergrund gedrängt, so daß viele der jüngeren Generationen kaum noch etwas davon wissen. Vielleicht sind gerade deshalb die nachfolgenden Aufzeichnungen auch heute noch von einigem Interesse. Ich habe nun nicht einfach eine Aufzählung meiner ganz persönlichen Erlebnisse gebracht, sondern versucht, Bilder aus der politisch und wirtschaftlich so bewegten Zeit zu geben, wie ich sie in meinem kleinen Ausschnitt sah und erlebte.

Am 11. November 1918 um 12 Uhr begann der Waffenstillstand, der nach mehr als 4 Jahren den Kampfhandlungen ein Ende setzte. Noch um 11 Uhr hatten alliierte Flieger einer auf dem Rückmarsch befindlichen Truppe durch Maschinengewehrfeuer schwere Verluste beigebracht.

Nach den Kapitulationsbedingungen mußten die deutschen Truppen bis zum 25. November das von ihnen besetzte französische und belgische Gebiet, das linke Rheinufer, die bei Köln, Koblenz und Mainz vorgesehenen Brückenköpfe sowie einen 10 km tiefen neutralen Streifen rechts des Rheins geräumt haben. Alle danach in dem genannten Gebiet noch befindlichen Militärpersonen gerieten in Gefangenschaft. Für die Generalstäbe der verschiedenen Armeen war dies eine fast unlösbare Aufgabe, zumal durch die Unruhen in der Heimat in den ersten Tagen der Zugverkehr in die zu räumenden Gebiete verschiedentlich gestört wurde, so daß der Abtransport von Verwundeten, Kranken, der Zivilverwaltung usw. gefährdet wurde. Dazu hatte ein Teil der Besatzungstruppen sich sofort nach Bekanntwerden des Waffenstillstandes auf eigene Faust auf den Weg in die Heimat gemacht. Die an verschiedenen Orten der besetzten Gebiete schnell ins Leben getretenen Soldatenräte hatten die größte Mühe, die Ordnung einigermaßen wiederherzustellen. Sie waren in Anlehnung an die in Rußland zu Beginn der Revolution 1917 aufgetretenen Soldatenräte aus Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren gebildet und griffen dort, wo

es zu Disziplinverweigerungen und Unordnung kam, ein. In Deutschland selbst hatten „Arbeiter- und Soldatenräte“ das Heft in die Hand genommen, die aber bald mehr oder weniger in die Hände linksgerichteter Elemente gerieten.

Beim Generalkommando (Gen.Kdo.) IV AK (Armeekorps) rebellierte der Stationszug der Gruferna 604 (Gruppenfernsprechabtlg.). Die unmittelbare Ursache dazu war folgender Vorfall. Im letzten Quartier vor dem Waffenstillstand war das Gen.Kdo. einschließlich Grukonach (Gruppennachrichtenkommandeur) abgerückt, ohne, wie notwendig, das Nachkommando des Zugs, das die Apparate abzubauen und weiterzuschaffen hatte, zu benachrichtigen. Einige Stunden später stellte dies den Tatbestand zufällig fest und erfuhr gleichzeitig durch eine Infanteriepatrouille, daß die Engländer ganz in der Nähe seien, die Gefahr der Gefangennahme also gegeben sei. Zum Ausbau der Apparate war keine Zeit mehr, man zerschlug sie und machte sich sofort auf den Weg. Die meisten der Leute waren nur „gv“ (garnisonsverwendungsfähig), teilweise schlecht zu Fuß; der eine Wagen, der die Rucksäcke transportierte, nahm die auf, die jeweils am schlechtesten voran kamen. Völlig erschöpft kamen sie im Quartier des Gen.Kdo's. an. Dies Erlebnis brachte die ganze Mißstimmung, die seit Monaten gegen den Grukonach und einen Teil seiner Offiziere herrschte, zum Ausbruch.

Der Grukonach war im Frühjahr 1918 zur Truppe gekommen und glaubte mit scharfer Disziplin und auch Ansprüchen, wie man sie wohl an junge Mannschaften, nicht aber an „gv“-Leute, stellen konnte, die zwar willigen, aber durch ihr Alter und die lange Kriegszeit an eine gewisse Freiheit gewohnten Mannschaften „zur Ordnung bringen“ zu müssen. Er bedachte nicht, daß man auf Grund der Kriegserfahrungen gerade von den Stationsfernsprechern ein zwar höfliches, aber u. U. energisches Auftreten selbst gegen Offiziere verlangte. Dazu kam, daß seit Monaten beim Abholen der Verpflegung bei der Gruppenverteilstelle Mindergewichte festgestellt wurden, Reclamationen erfolglos blieben und nur zu Unannehmlichkeiten führten.

Nach einer lebhaften Auseinandersetzung mit dem Grukonach faßte die Mannschaft den Beschluß, sofort unabhängig in die Heimat zu ziehen; die Zugoffiziere gingen mit um für Ordnung zu sorgen. Zurück blieben außer mir noch 2 Gefreite, die auch der Ansicht waren, daß im Interesse aller der Stationsdienst gemacht werden müsse. Bezeichnend

war, daß der ältere der beiden, ein ruhiger, klarsehender Mann, dem aus Erbitterung darüber, daß unnötig Kameraden in die Gefahr der Gefangennahme gekommen waren, „der Kragen geplatzt“ war, der Hauptwortführer gegen den Grukonach gewesen war. Der vom Grukonach benachrichtigte Brüsseler Soldatenrat hielt den auf dem Marsch befindlichen Zug an und verpflichtete die Mannschaften, den Befehlen der Genkdo's zu folgen, erreichte es allerdings nicht, daß der Dienst wieder aufgenommen wurde. Das Gen.Kdo sagte zu, daß die Rückführung bis zum Entlassungsort (Magdeburg) stets gleichzeitig mit ihm erfolgen werde.

Neun Tage später, am Nachmittag des 18. November, verließ der Stationszug das letzte Quartier auf belgischem Boden, Cerexhe, östlich Lüttich. Ich blieb allein zurück, um den Nachtdienst zu machen, am anderen Morgen die Apparate auszubauen und nach Aachen, dem neuen Quartier des Gen.Kdo's zu schaffen.

Auf einem offenen Lastwagen, auf dem die Geschäftsstelle des Gen.Kdo's abtransportiert wurde, ging's gegen 11 Uhr in den kalten, aber klaren Wintertag hinein. Schnee war noch nicht gefallen, die Straßen waren trocken und gut. Auf den Hauptstraßen zogen zwei Kolonnen nebeneinander her, auf der einen Seite die Infanterie, auf der anderen die Fuhrkolonnen. Ohne Unterbrechung zogen sie in voller Ordnung nach Osten. Kein Marschlied ertönte, man spürte: jeder war froh, daß das Morden zu Ende war, aber die Sorge um die Zukunft drückte. Der Maastrichter Zipfel der holländischen Provinz Limburg war für den notwendigen schnellen Rückzug ein großes Hindernis. Die OHL (Oberste Heeresleitung) hatte deshalb mit Holland verhandelt und erreicht, daß gegen Ablieferung der Waffen der Durchmarsch gestattet wurde. Unser Weg führte südlich des Zipfels durch das dicht bei Aachen liegende Neutral-Moresnet. Stumm sahen die vor ihren Häusern stehenden Einwohner auf den ununterbrochen vorüberziehenden Strom. Wenige km weiter einige Häuser, quer über die Straße gespannt ein Spruchband:

„Kameraden, wir sind zwar bedrückt,

Wer aber sagt, wir sind besiegt, der ist verrückt.“

Der Gruß des Aachener Arbeiter- und Soldatenrats an die Heimkehrenden. Einige flintenbewaffnete Zivilisten mit Armbinden standen umher, kümmerten sich aber wenig um die Vorüberziehenden. Kurz

darauf dichtere Bebauung, die Bewohner standen an den Türen, ab und zu ein Winken, hier und da eine Fahne. Überall spürte man die bange Frage: was wird nun kommen?

Im Geschäftszimmer der Gruferna 604 gab ich meine Apparate ab, erfuhr, daß ich als Linksrheinländer sofort entlassen werde und am anderen Morgen gegen 11 Uhr meine Papiere holen könne. Das Quartier für den Zug sei sehr eng, — wenn ich mir ein Privatquartier suchen wolle, stehe mir das frei. Nach den letzten 2 Wochen mit meist nur wenigen Stunden Schlaf zog ich letzteres vor, zumal ich unterwegs genug Angebote an den Fenstern gesehen hatte. Verpflegt war ich noch vom Generalkommando aus. Schnell hatte ich ein Quartier gefunden, telegraphierte Vater, daß ich am nächsten Tag entlassen werde, erkundigte mich nach den Nachmittagszügen nach M. Gladbach, plauderte noch etwas mit den Wirtsleuten und schlief dann auf dem nicht mehr frischen, aber sonst guten Bett ein, ungestört durch den die ganze Nacht über andauernden Straßenlärm.

Am nächsten Morgen erhielt ich meine Papiere. Der Abschied von den ca. 20 Kameraden verlief anders, als ich erwartet hatte. Gerade hatten sie vom Gen.Kdo. die Nachricht erhalten, daß es (trotz aller Bemühungen) nicht, wie zugesagt, möglich sei, sie mit dem gleichen Transport weiterzuleiten. Am nächsten Tag sei der Abtransport aber gesichert. Ich hatte zufällig Dienst gehabt, als die telefonischen Verhandlungen zwischen dem Gen.Kdo. und der zuständigen Verwaltungsstelle geführt wurden, und wußte, daß der betreffende Offizier mehrfach auf die gegebene Zusage vergeblich aufmerksam gemacht hatte, und klärte die Kameraden auf. Die Antwort war ein wütendes Geschrei: ich habe von Anfang an nicht mitgemacht, jetzt riete ich wieder zur Ruhe, ich solle machen, daß ich fortkäme, sonst gebe es Prügel. Damit ließen sie mich stehen. Verpflegung bekam ich daraufhin beim Gen.Kdo., danach ging ich zum Bahnhof.

Einige Jahre später erhielt ich in Berlin-Zehlendorf von dem Hauptschreier an dem Tag einen Brief. Es habe ihm keine Ruhe gelassen, er habe endlich meine Adresse festgestellt — er müsse mir schreiben, wie es ihnen ergangen sei. Am gleichen Tag noch seien sie auf eigene Faust losgefahren. Schon bald hätten sie die roten Fahnen fortnehmen müssen, da die Bevölkerung nichts mit ihnen hätte zu tun haben wollen. An die Schwierigkeiten der Verpflegung und der Benzinbeschaffung hätten sie nicht gedacht gehabt. — So seien sie erst nach

5 Tagen ausgehungert in Magdeburg angekommen und hätten dort meine Angaben bestätigt bekommen. Mein Rat sei also gut gewesen, und er bäte mich nun wegen seines damaligen Benehmens um Entschuldigung.

In gepreßt vollem Zug kam ich gegen 17 Uhr in M. Gladbach an und war wenige Minuten später zu Hause, von Vater erwartet, als erster der 3 noch im Felde stehenden Söhne. Nach wenigen Tagen kam Nachricht von meinem Bruder Günther aus der Eifel, er fahre nach seiner Entlassung sofort nach Bremen zu seiner bei ihren Eltern wohnenden Frau. Nach einiger Zeit meldete sich Herbert aus Süddeutschland. Als Fernsprechoffizier war er beim Zusammenbruch der Balkanfront in Mazedonien. Auf dem Marsch durch Ungarn hatte sich der größere Teil seines Zuges beim Bekanntwerden der Revolution in Deutschland „unabhängig“ gemacht. Mit dem Rest war er nach Budapest gelangt und hatte dort, aufmerksam gemacht durch einen ihm völlig unbekannten ungarischen Offizier, mit seinen Leuten den letzten Zug erreicht, der von den Alliierten ungehindert durchgelassen wurde. So waren sie der Gefangenschaft entronnen, in die die anderen gerieten. Herbert ging zuerst nach Dörna in Thüringen, wo seine Frau bei ihren Eltern lebte. Mein jüngster Bruder Eugen war 1914 gefallen, mein Bruder Otto 1915 „gv“ aus Rußland zurückgekommen und seitdem auf einer Werft tätig. Vater selbst war 10 Monate als Sachbearbeiter für die Textilindustrie bei der Civilverwaltung in Brüssel gewesen.

Auch Gladbach hatte seine Umsturztage gehabt. Am Abend des 9. November trieben sich Urlauber und junge Leute im und vor dem Bahnhof umher. Durch einige gerade angekommene Matrosen kam Unruhe in die Menge, es bildeten sich Trupps, die loszogen, mit Plündern begannen und denen es gelang, eine Reihe Strafgefangene zu befreien. Inzwischen war es dem zufällig aus dem Felde zurückgekommenen Vicewachtmeister Abraham, Teilhaber des Gladbacher Warenhauses Gebr. Abraham, der die Gefahr erkannte, gelungen, sich Gehör zu verschaffen. Er forderte die Menge auf, einen Arbeiter- und Soldatenrat zu bilden, der für Ruhe und Ordnung sorgen solle. Der Vorschlag wurde angenommen und Abraham zum Vorsitzenden gewählt. Aus Soldaten gebildete Patrouillen wurden losgeschickt, um die schon losgezogenen Trupps aufzulösen und zur Ruhe zu bringen. Der Arbeiter- und Soldatenrat stellte sich auf den Standpunkt, daß die staatlichen und städtischen Einrichtungen zur Aufrechterhaltung von

Ruhe und Ordnung bestehen bleiben sollten, und zu dem Zweck stellten sich die Behörden und der Bezirkskommandeur zur Verfügung. Gemeinsam wurde eine Ordnungskompanie aufgestellt, die aber, da sie unbewaffnet und nur durch Armbinde gekennzeichnet war, zunächst wenig ausrichten konnte. Um 21 Uhr mußte jeder zu Hause sein. Als bekannt wurde, daß jeder Uniformträger von den Belgiern als Gefangener behandelt werde, kam es zu Plünderungen von Kleidungs-, Hut-, Schuh- und Wäschegeschäften. Diese hörten erst auf, als offiziell bekanntgemacht wurde, daß es genüge, wenn die rote Biese an den Hosen verdeckt sei und die Uniformknöpfe durch andere ersetzt seien. Durch wild zurückkehrende Soldaten war in den ersten Tagen viel Unruhe entstanden und mancher Diebstahl vorgekommen. Dann aber zogen nur noch geordnete Kolonnen, die eigentlichen Fronttruppen, durch die Stadt dem Rhein zu.

Am 5. Dezember rückten die ersten belgischen Truppen ein, von der Bevölkerung stumm, wie ein Schicksal, empfangen. Am 7. Dezember wurde der gesamte Postverkehr stillgelegt, die Eisenbahn verkehrte nur noch bis Büttgen, der letzten Station vor Neuß, bis Grevenbroich und Erkelenz, und am 9. wurde der Fernsprechverkehr gesperrt. Am gleichen Tage kam das belgische Hauptquartier nach M. Gladbach. Die belgische Besatzungszone umfaßte das nördliche linke Rheinufer bis zur Linie Neuß—Grevenbroich—Stolberg—Aachen.

Wenige Tage danach wurde Vater als Vorsitzender der Handelskammer zum Oberbefehlshaber Gen.Ltn. Michel gerufen. Dieser sagte ihm, er käme weder als Sieger noch als Rächer; sein Wunsch sei, daß das wirtschaftliche Leben recht bald in vollem Umfang wieder aufgenommen werde. Deshalb solle Vater die Vorsitzenden der im belgischen Besatzungsgebiet liegenden Handelskammern für einen der nächsten Tage zu einer Besprechung mit ihm zusammenrufen. Diese fand wenige Tage später auch statt. Trotz dieses vielversprechenden Anfangs wurde nichts Wesentliches erreicht. Immerfort mußten neue Übersichten und Vorschläge ausgearbeitet werden, aber bei aller Liebenswürdigkeit im persönlichen Verkehr, — in der Sache kam man nicht voran. So war Vater schließlich froh, als das Hauptquartier nach Aachen und die Wirtschaftsabteilung nach Krefeld verlegt wurde. Einmal hatte ich Gelegenheit, dort einer Verhandlung beizuwohnen. Zuvorkommend wurde deutsch gesprochen, so daß ich nicht als Dolmetsch einzuspringen brauchte. Immerhin konnte ich den Inhalt der von den

Offizieren unter sich geführten Unterredungen sofort weitergeben, sodaß der Vertreter der Handelskammer darüber im Bilde war. Es waren einige Erleichterungen vor allem im Verkehr mit dem unbesetzten Deutschland zugesagt worden; als aber die schriftliche „Bestätigung“ kam, war nur eine einzige, die auch den Belgiern Vorteile brachte, erwähnt.

Das Verhalten des neuen Kommandanten für M. Gladbach stand sehr im Gegensatz zu dem des Hauptquartiers. Wenige Tage nach dessen Abzug wurde abends durch belgische Soldaten das Bismarckdenkmal von seinem Sockel gerissen; erst viele Monate später wurde die betreffende Truppe dazu verurteilt, die Kosten der Wiederaufrichtung zu tragen. Jeden Mittag zog eine Militärkapelle durch einige Hauptstraßen, gefolgt von einer aufgerollten, mit einer Hülle geschützten Fahne und einer kleinen Ehreneskorte. Zuerst war natürlich allerlei Volk zusammengelaufen, aber nach wenigen Tagen wurde die Straße leer, sowie in der Ferne der Zug sichtbar wurde. War sonst keine Möglichkeit mehr auszuweichen, so konnte man ohne weiteres in jedem Haus Unterschlupf finden bis er vorbei war. Wer nämlich nicht sofort vor der Fahne den Hut abnahm, wurde durch Kolbenstöße dazu gebracht.

Nach einiger Zeit wurde der geschäftliche Postverkehr wieder gestattet, der private, auf Postkarten beschränkt, erlaubt. Bewerbungsschreiben galten als Privatbriefe. Der Apollinarisbrunnen in Neuenahr, dessen technischen Teil ich überwacht hatte, war aus einem Großbetrieb, der 1913 rund 45 Millionen Flaschen versandt hatte, zu einem Kleinbetrieb geworden. Das Ausland hatte $\frac{2}{3}$ der Menge aufgenommen; jetzt wollte es das „deutsche Wasser“ nicht, wie die inzwischen dort hochgekommene Konkurrenz es bezeichnete, das Inland wollte das „englische“ Wasser nicht, so bezeichnet, weil die Aktien des Brunnen in englischem Besitz waren. Der Betrieb war daher aufs äußerste eingeschränkt, — meine Stelle entfiel. Suchen nach einer neuen Stelle war unter den belgischen Postbestimmungen unmöglich.

Eines Tages fragte Vater mich, ob ich Lust hätte, eine Arbeit bei der Handelskammer zu übernehmen. Der geschäftliche Reiseverkehr war freigegeben. Die Handelskammern hatten die Reiseanträge zu überprüfen und die Bezugsberechtigungen für die entsprechenden Fahrscheine auszustellen. Verantwortlich für die sorgfältige Prüfung waren die Vorsitzenden persönlich; es waren nicht nur persönliche Unan-

nehmlichkeiten zu erwarten, bei Mißbrauch war auch die Aufhebung der Reiseerlaubnis angedroht. Die Gesuche mußten zur Kontrolle aufbewahrt werden. Es galt nun, einmal die Vorschriften zu beachten, andererseits der Bevölkerung möglichst zu helfen. Begründungen mußten „umgearbeitet“ werden, und nur ein einziger Fall ist mir Erinnerungswert, in dem dies auch mit Vaters Hilfe nicht gelang: Ein Tabakhändler beantragte für seine alte Mutter und sein jüngstes Töchterchen eine Reisegenehmigung mit der Begründung: „Einkauf von Tabakwaren“, obwohl er selbst zu diesem Zweck laufend ins unbesetzte Deutschland fuhr. Als wirklichen Grund gab er an, die Mutter solle die drüben wohnenden Kinder mal besuchen und das Kind seine Vettern und Kusinen kennenlernen. Irgend etwas anderes konnte er nicht sagen. Da war leider nicht zu helfen.

Die Bestimmungen über die Ausfuhr ins unbesetzte Deutschland wechselten oft, — die Folge war ein fortdauerndes Hin und Her. Bei solchen Erschwernissen machte der Wiederaufbau der Industrie und des Handels natürlich nur sehr langsame Fortschritte.

Politisch waren die Zeiten sehr lebhaft. Am 19. Januar 1919 fanden die Wahlen zur deutschen, am 26. Januar die zur preußischen Nationalversammlung statt. Wahlberechtigt waren alle über 20 Jahre alten Männer und erstmalig auch Frauen. Vor allem setzte das Zentrum alle Hebel in Bewegung, unterstützt von der Geistlichkeit. An den Kirchenausgängen standen an den Wahltagen Zettelverteiler mit den Mustern für „richtig“ ausgefüllte Wahlzettel, mit denen in der Hand es zum Wahllokal ging. Die Wahlbeteiligung war groß. Natürlich gab es einige belustigende Erlebnisse. Ein altes Mütterchen kam ins Wahllokal und fragte: „Bin ich hier richtig bei et Zentrum?“. Eine Hausfrau hatte ihre etwas sehr beschränkte Hilfe mitgenommen, ihr dann nochmal im Wahllokal genau Bescheid gesagt und bekam nachher auf die Frage, ob sie nun alles genau gemacht habe, die Antwort: „Ja, nur den Zettel, den ich in das Couvert stecken sollte, hab' ich zum Andenken mitgenommen.“

Im Rheinland hatte schon kurz nach Beginn der Besatzung eine Propaganda für die Abtrennung des linksrheinischen Rheinlandes und die Gründung einer unabhängigen Republik eingesetzt. Eine entsprechende Bewegung war auch in der Pfalz in Gang gekommen. Gearbeitet wurde im Rheinland mit dem „Druck, den die preußische Regierung stets auf die Bevölkerung ausgeübt habe“, an den Kulturkampf

der 70er Jahre wurde erinnert; es wurde verbreitet, daß eine unabhängige linksrheinische Republik von den Folgen des Krieges für das besiegte Deutschland frei sein werde. Der neue Staat werde vielmehr von den Alliierten wertvolle Unterstützung beim Wiederingangbringen von Handel und Industrie bekommen. Die Propaganda wurde so offensichtlich von Frankreich vorangetrieben, daß über das Endziel kein Zweifel sein konnte.

Zum 1. Februar 1919 wurden die Handelskammern des linken Rheinufers von der Handelskammer Köln zu einer Besprechung eingeladen. Vater fuhr mit dem Syndikus, Herrn Dr. Apelt, hin. Dieser berichtet aus seiner Erinnerung* über diese Sitzung wie folgt:

„Die Verhandlungen der Handelskammern des besetzten Gebietes am 1. Februar 1919 wurden eingeleitet durch einen eingehenden Bericht des Vorsitzenden der Kölner Handelskammer, Geh. Kommerzienrat Louis Hagen. Dieser war geborener Jude mit Namen Levy, welchen Namen auch noch sein Bankhaus in Köln führte, war aber zum katholischen Glauben übergetreten und schließlich Vorstandsmitglied der Zentrumsparlei geworden. Durch Verheiratung mit einer Tochter der Kölner Familie Hagen hatte er es zunächst erreicht, sich Levy-Hagen nennen zu lassen, dann Kommerzienrat und später Geh. Kommerzienrat Louis Hagen. Er war einer der mächtigsten Finanzmänner Deutschlands, hatte wohl die meisten Aufsichtsratsposten inne und war nun in Köln der führende Mann, und nicht nur hier. Es gehörte schon Mut dazu, ihm entgegenzutreten.

Geheimrat Hagen erklärte nun in seinem Bericht, er komme unmittelbar von einer Besprechung mit dem Kommandanten der englischen Besatzungszone. Dieser habe ihm gesagt, das Schicksal des Rheinlandes stehe auf des Messers Schneide. Es seien unter den Alliierten mächtige Kräfte am Werk, die seine Einverleibung zu Frankreich verlangten. Die einzige Möglichkeit, hiergegen vorzugehen, sei, daß die maßgebenden Vertreter des Gebietes, vor allem die Handelskammern, sich schnellstens, und zwar noch heute, für ein selbständiges Rheinland und mindestens für eine Loslösung von Preußen aussprechen, wie das schon durch die Zentrumsparlei in Köln geschehen sei: „Meine Herren,

* Herr Dr. Apelt schrieb zu Vaters 100. Geburtstag für dessen Familie: „Kommerzienrat C. O. Langen. Ein Überblick über seine gemeinnützige Tätigkeit“. Der Aufsatz wurde mit Genehmigung des Verfassers in den Nachrichtenblättern des Langen'schen Familienverbandes im Mai 1951 gebracht.

es bleibt uns nichts anderes übrig! — Wenn Sie sich von Ihrem Schreck erholt haben“, schloß er lächelnd, „so bitte ich um Ihre Stellungnahme.“

Dieser Bericht mit seinem noch größere Gefahr androhenden Antrag rief allerdings allgemeines Erstaunen und Schrecken hervor, hatte aber nicht die vom Antragsteller erhoffte Wirkung. Es meldete sich zuerst ein Vertreter aus Koblenz zu Wort, der ausführte, daß die deutsche Wirtschaft es nicht verstehen würde, wenn sich das Rheinland, das doch durch Deutschland und Preußen groß geworden wäre, von ihr lossagen würde. Als zweiter Redner erklärte Kommerzienrat Langen, es sei doch wohl den anwesenden Vertretern unmöglich, zu einem so weit gehenden Antrag Stellung zu nehmen, ohne sich vorher mit ihren Kammern und Bezirksangehörigen in Verbindung gesetzt zu haben. Er beantrage daher, heute die Beschlußfassung auszusetzen und nach entsprechender Information in einigen Tagen wieder zusammenzukommen.

Geh. Kommerzienrat Hagen, der gerade durch seine Überraschung hatte wirken wollen und nun, in einer solchen Verschiebung die Gefährdung seines Antrages sah, wehrte sich dagegen lebhaft: „Wenn wir heute nicht zum Beschluß kommen, wird es zu spät sein — vielleicht ist es schon zu spät.“

Kommerzienrat Langen ließ sich dadurch nicht von seinem Antrag abbringen? „Umsomehr dürfen wir uns als verantwortungsbewußte Männer durch solche Drohungen nicht zu einem Schritt hinreißen lassen, der uns für alle Zeiten den Vorwurf einbringen kann, daß wir einen so weitgehenden Beschluß gefaßt haben, ohne uns über die Stimmung unserer Wirtschaft genau zu informieren.“

Geh. Kommerzienrat Hagen: „Die Stimmung im Rheinland ist uns doch allen bekannt. Darüber darf doch kein Zweifel sein, daß, wenn es morgen zu einer Abstimmung käme, die Mehrheit für Frankreich optieren würde.“ Auf ein „Oho“ in der Versammlung schränkte er etwas ein: „Meine Herren, seien Sie überzeugt, in Köln und in der Eifel ist fast die ganze Bevölkerung französisch gesinnt.“

Kommerzienrat Langen ließ sich auch durch diese Argumente nicht von seinem Antrag abbringen, immer wieder betonte er, daß jeder anwesende Vertreter seiner Kammer seiner Pflicht zuwiderhandeln würde, wenn er, ohne seine Kammer gehört zu haben, zu diesem Antrag Stellung nehmen würde.

Er fand dann auch bei allen anderen Vertretern Zustimmung, und so wurde eine Wiederzusammenkunft in 3 Tagen beschlossen.

Vater blieb in Köln, um sich über die dortige Stimmung zu unterrichten, während Herr Dr. Apelt in M. Gladbach die Handelskammer und die Behörden um ihre Äußerung zu dem Hagen'schen Vorschlag bat. Die Ablehnung war einstimmig.

Am 2. Februar erschien in der Kölnischen Volkszeitung, dem Blatt des Kölner Zentrums, nachstehender Artikel:

Ein historischer Tag

Unvergesslich wird jedem Rheinländer der erste Februar 1919 bleiben. Dieser Tag ist für die reichen und blühenden Länder am Rhein der Beginn einer neuen Zeitrechnung, von diesem Tag ab werden sie in Deutschlands Leben und Deutschlands Geschichte eine ihrer tatsächlichen Bedeutung entsprechende Rolle übernehmen und ihr eigenes Geschick nach Maßgabe der eigenen Bedürfnisse zu bestimmen wissen. Schon allein der Umstand, daß an diesem Tage die vom Volke frei gewählten Abgeordneten aller Parteien im besetzten Gebiet des Rheinlandes in der vom Glanz der Jahrhunderte deutscher Geschichte überstrahlten alten Hauptstadt am Rhein zusammentraten, ist ein Ereignis ersten Ranges, das in seiner ganzen Tragweite gewürdigt werden muß. Es ist die erste große Tatsache, in der das Selbstbestimmungsrecht der Völker am Rhein zu einem starken Ausdruck gelangt. Die Beratungen auf dem Kölner Rathaus über die Zukunft der Länder am Rhein haben weltgeschichtliche Bedeutung, denn weit über Deutschlands Grenzen hinaus hat man ihrem Ergebnis mit großer Spannung entgegengesehen, sie bilden ein wichtiges Glied in der Kette zum Zustandekommen eines dauernden Völkerfriedens. Es gehen gegenwärtig Dinge vor, über die der Beobachter der Zeitgeschichte noch nicht mit der nötigen Deutlichkeit sprechen kann, weil sie zumeist im Stadium der Verhandlungen stehen; aber das eine darf jetzt schon gesagt werden, daß in der Entscheidung über das endgültige Schicksal der Länder am Rhein die sichersten Möglichkeiten für einen dauernden Völkerfrieden und eine wahre Völkerversöhnung umschlossen sind. Der richtige Gebrauch des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wird

auch wohl hier den Weg zu einer segensreichen Lösung weisen. Vielleicht sind die Länder am Rhein bald dazu berufen, die Brücke zu bilden zwischen Westen und Osten und den unseligen Völkerhaß, der über vier grauenvolle Jahre hindurch soviel Blut und Elend über die Welt gebracht, allmählich wieder umzuwandeln in eine ehrliche Verständigung und wundenheilende Völkerliebe. Die erste große Versammlung rheinischer Parlamentarier auf dem Rathaus ist zweifellos ein Schritt auf diesem Wege.

Von ungeheurer Wichtigkeit ist es ferner, daß eine Versammlung der Mitglieder aller Parteien einstimmig „die Bearbeitung der Pläne auf Errichtung einer westdeutschen Republik im Rahmen des Reichs“ ernstlich in Angriff nahm und dafür einen Ausschuß einsetzte. Hiermit wurde ebenfalls eine unverrückbare Tatsache geschaffen, die einen Markstein bedeutet und nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, schon weil es ein Ausfluß des Volkswillens der Rheinländer ist und der Nationalversammlung gegenüber diesen Volkswillen ausdrücklich feststellte. Damit ist diese Angelegenheit aus dem ungesunden Dunst parteipolitischer Erwägungen herausgehoben und auf einen starken nationalen Boden gestellt worden. Die Vergangenheit der letzten Monate seit Beginn der Discussion über diese Frage erhält damit einen endgültigen Abschluß, ein entscheidender Strich wurde durch manch unliebsame Erörterung gemacht, auf die deswegen nicht mehr zurückgegriffen werden darf. Jetzt gilt es für alle Parteien nur noch in die Zukunft zu schauen und einem glücklichen, alle Parteien befriedigenden Ziel entgegenzuführen, was hier so vertrauensvoll begonnen worden ist. Die Westdeutsche Republik ist im Entstehen begriffen, ein festumrissener Ausgangspunkt für die weiteren Arbeiten dazu ist vorhanden.

Der gewählte Ausschuß zur Bearbeitung der Pläne für die neue Republik hat allerdings nunmehr eine schwere Arbeit und große Verantwortung dem starken Volkswillen gegenüber, von dem er getragen ist. Darum verdient er es, daß wir ihm größtes Vertrauen schenken und seine Bemühungen nicht voreilig stören. Das ganze rheinische Volk muß von der Überzeugung durchdrungen werden, daß dieser Ausschuß fortan die vorläufige, aber doch die maßgebende Vertretung seiner Interessen ist. An diesen Ausschuß mögen sich in Zukunft alle wenden, die in dieser Sache Wünsche und Anregungen zu übermitteln haben. Ohne ihn oder sogar gegen ihn, darf in der weiteren Behand-

lung der Angelegenheit nichts geschehen, solange er, wie fest zu erwarten ist, auf dem Boden stehen bleibt, den ihm die Versammlung vom 1. Februar geschaffen hat. Das ganze rheinische Volk muß jetzt wissen, daß sein Wohl und Wehe von Männern, die es selbst aus seiner Mitte gewählt hat, in den Nationalversammlungen des Reichs und Preußens und dem Auslande gegenüber nachdrücklich in Schutz genommen wird. Der Ausschuß bildet eine geschlossene Körperschaft, die für sich einen deutlichen Auftrag und einen mächtigen Rückhalt in Anspruch nehmen darf.

Das Schiffelein des werdenden Staatswesens ist nunmehr vom Stapel gelaufen und in die stürmische See der aufgeregten Zeitpolitik gestochen. Möge ein günstiger Wind seine Segel füllen. Vom Ufer begleiten die wärmsten Wünsche von Millionen treuer Rheinländer seine Fahrt.“

Dieser Artikel zeigte deutlich, wohin die Fahrt gehen sollte. Zwei Tage später fand dann die vorgesehene weitere Aussprache in der Handelskammer statt. Herr Dr. Apelt berichtet darüber wie folgt:

„Das Ergebnis war nun für den Kölner Antrag niederschmetternd. Die Vertreter sämtlicher anderen Kammern, auch die von der Eifel und Saarbrücken, lehnten den Antrag mit aller Entschiedenheit ab, da alle in den einzelnen Bezirken vorgenommenen Informationen zu dem entgegengesetzten Ergebnis geführt hatten.

Darüber hinaus wirkte durchschlagend und setzte alle in Erstaunen, was Kommerzienrat Langen über die Stimmung in Köln ausführte. Er teilte mit, daß er die dreitägige Zwischenzeit auch benutzt habe, sich über die wirkliche Stimmung in maßgebenden Kölner Kreisen zu informieren. Er sei mit einer Reihe führender Wirtschaftler und Politiker, so auch von der sozialdemokratischen Partei, in Verbindung getreten, und von all diesen sei ihm erklärt worden, daß man entschieden gegen die Loslösung von Preußen sei. Er sei darauf zur Kölner Handelskammer gegangen und habe gefragt, woher sie denn ihre gegenteiligen Informationen habe. Man habe ihm darauf geantwortet, das könne man doch in jeder Straßenbahn hören. „Ja, wenn die Kölner Handelskammer für ihre Unterrichtung in einer so wichtigen Sache keine besseren Quellen hat, als das Gewäsch in den Straßenbahnen, dann danke ich für solche Informationen.“ Kommerzienrat Langen nahm dazu auch Veranlassung, den Aufsehen erregenden Artikel in der Kölnischen Volkszeitung zu kritisieren. Dieser stamme von einem

Manne, der früher Mitglied eines deutschfeindlichen Ordens gewesen sei. Der anwesende Inhaber der Kölnischen Volkszeitung, Bachem, suchte diesen Mann wohl etwas rein zu waschen, in Wirklichkeit aber trug dies nur dazu bei, das Gewicht der Worte Kommerzienrat Langens noch zu verstärken.

So endete der von der Kölner Handelskammer unternommene Versuch einer Lostrennung des Rheinlandes in einem feierlichen Einspruch der Kammern „gegen jede Loslösung des linken Rheinufers oder einzelner seiner Teile vom deutschen Reich,“ und dem Kommerzienrat Langen gebührt in erster Linie das Verdienst, daß dieser Beschluß, der nun auch für die Folge die Richtlinie wichtiger Entscheidungen geworden ist, zustandegekommen ist.“

Es war schon richtig, was Vater, als er nach Tagen nach Hause kam, sagte: „Was man in Köln wollte, war der reine Hochverrat.“

Auch in der Pfalz wehrte man sich gegen die Separatisten, die unter dem Schutz der französischen Besatzungstruppen sogar eine „Autonome Regierung der Pfalz“ unter einem Dr. Dorten gründeten. Diese konnte sich aber bei dem Widerstand der Bevölkerung trotz des Schutzes, den sie genoß, nicht halten und Dr. Dorten verschwand von der Bildfläche.

Nur im Saargebiet blieb es ruhig; es war von vorneherein von den Alliierten für eine Sonderstellung vorgesehen unter dem besonderen Schutz Frankreichs, das die Saarindustrie, vor allem die Bergwerke, in seine Hand bringen und das Land, wie sich bald zeigte, nicht mehr herausgeben wollte. Alle freiheitlichen Regungen wurden unterdrückt.

Endlich bot sich mir die Möglichkeit, mich nach Arbeit umzusehen. Gelegentlich eines Aufenthalts in Köln war es Vater geglückt, eine „pro forma“-Anstellung bei einer Kölner Firma für mich zu erwirken. In dem Anstellungsschreiben war vermerkt, daß es in Köln unmöglich sei, für einen Neuzuziehenden ein Unterkommen zu finden, — ich müsse also die tägliche Fahrt zwischen Köln und M. Gladbach in Kauf nehmen. Daraufhin erhielt ich eine Dauerreisegenehmigung für die Strecke. In Köln wohnte ich bei Vaters Bruder Adolf. Bei meiner polizeilichen Anmeldung bekam ich den für das englisch besetzte Gebiet vorgeschriebenen Ausweis. Das bedeutete: ich konnte von Köln aus privat korrespondieren, (es gab zwar eine Zensur), konnte in dem englisch besetzten Gebiet ungehindert reisen und bekam auch ohne

Schwierigkeiten Reiseerlaubnis ins unbesetzte Deutschland. Das Suchen war aber wegen der trostlosen wirtschaftlichen Lage schwierig, und deshalb machte ich mich mit dem Gedanken der Auswanderung vertraut. Als einzige Möglichkeit bot sich dafür Südamerika, da alle anderen Staaten mehr oder weniger deutsche Einwanderer ablehnten. Soweit mir das Stellensuchen Zeit ließ, suchte ich mir im Süd-Amerika-Institut der Kölner Universität ein Bild über die wirtschaftliche Lage der einzelnen Länder Südamerikas zu machen. Das Resultat war, daß ich wohl in Buenos Aires am ersten Aussichten haben würde, Ingenieurarbeit zu finden. Der Institutsleiter, der mich bei meinen Studien lebenswürdigerweise beraten hatte, hielt die Wahl für gut, da in der Nähe die Reparaturwerkstätten der argentinischen Eisenbahnen lägen. Daß deren Kapital in englischer Hand wäre, mache nichts aus. Das Personal sei fast ausschließlich deutsch und sei von den Engländern auch während des Krieges gut behandelt worden, weil sie sonst mit einem Streik hätten rechnen müssen. Ich hatte inzwischen auch ein Beratungsbüro für Argentinien-Auswanderer in Köln aufgesucht. Dort erklärte man mir, als Ingenieur habe ich in Argentinien keinerlei Aussichten, nur in der Landwirtschaft könne man sich eine Existenz schaffen. Die Inhaber des Büros hatten, wie sie sagten, bei einem Aufenthalt in Argentinien gutes Land gekauft und waren bereit, davon abzugeben. Man habe dann sofort eigenen Grund unter den Füßen, das nötige Gerät kaufe man am besten an Ort und Stelle. Jedes Interesse war sofort geschwunden, als ich erklärte, von Landwirtschaft verstehe ich nichts und ginge nur hinüber, wenn ich in meinem Beruf Aussicht auf Arbeit hätte. Dem Leiter des Südamerika-Instituts war das Büro bekannt. Leider seien schon eine Anzahl Kaufleute, Ingenieure, vor allem Handwerker und Monteure auf den Rat des Büros hereingefallen; sie hätten vom Verkehr völlig abgelegenes Land ohne jede Lebensmöglichkeit vorgefunden, aber, von drüben aus, nichts mehr machen können.

Gegen Ende Juni fand ich endlich eine Stelle bei der Elberfelder Papierfabrik in Elberfeld, deren Inhaber Willi Wuppermann, der Mann meiner Kusine zweiten Grades, Emma Langen (III d 3), war. Es dauerte mehrere Wochen, bevor ich von der belgischen Behörde die Umzugs- und Reisegenehmigung bekam. Glücklicherweise brauchte ich meinen belgischen Ausweis nicht abzugeben, ebensowenig wie in Köln den englischen. In Elberfeld bekam ich einen Ausweis für das

unbesetzte Deutschland, so daß ich weitgehend freizügig war, — ich mußte nur dafür sorgen, die ab und zu erforderlichen Zusatzstempel zu bekommen und nur „den jeweils richtigen“ zur Hand zu haben. Im besetzten Gebiet hatten die Arbeiter- und Soldatenräte nichts zu sagen, in Elberfeld dagegen kontrollierten gleich an der Bahnhofssperre deren „Ordnungsleute“ das Gepäck und beschlagnahmten alle Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren, die sie fanden. Vielfach waren die Räte in den Händen der „unabhängigen Sozialisten“. Zahlreiche mehr oder weniger große Banden trieben sich stehend und plündernd im Lande umher. Kurz nach dem Knapp-Putsch fuhr meine Braut mit der Straßenbahn von Essen nach Elberfeld. Außerhalb der Stadt wurde der Wagen von einer Bande bewaffneter Männer angehalten und die Fahrgäste gezwungen auszusteigen. Die Männer nahmen Platz und verlangten Abfahrt. Mit Mühe erreichte der Schaffner, daß die Fahrgäste zwischen den vollen Bänken stehend, mitfahren durften. Kurz vor Elberfeld mußte der Wagen wieder halten und die Gesellschaft verschwand im Wald. Lange Zeit waren in manchen Städten (z. B. Essen) „rechtsgerichtete“ Bewohner in ihrer Wohnung nachts nicht sicher und schliefen nicht in ihrer Wohnung. Als Gegenwehr waren im Rheinland an vielen Orten durch die Stadtverwaltungen Bürgerwehren gebildet, deren Mitglieder Waffen und einige Munition erhielten und sich verpflichteten, auf bestimmte Signale hin jederzeit so schnell wie möglich zur Verfügung zu stehen. Ich glaube, daß schon das bloße Bestehen dieses Abwehrschutzes genügte, um gröbere Verstöße gegen die Ordnung zu verhindern. Während meines ca. achtmonatigen Aufenthalts in Elberfeld wurde sie nicht alarmiert, es genügte der Sicherheitsdienst der Polizei.

Eine der Hauptschwierigkeiten in Elberfeld-Barmen bestand für die Industrie in der unsicheren und ungenügenden Zufuhr von Kohle, so daß sich eine Anzahl Firmen zusammentat und mit eigenen Autos den Brennstoff von der Zeche holte. Während man also schon in nächster Nähe des Ruhrgebiets mit solchen Schwierigkeiten zu rechnen hatte, rollten ununterbrochen Kohle- und Kokszüge nach Frankreich, um die auferlegten Mengen abzuliefern. Eine weitere Schwierigkeit der gesamten Industrie lag in dem in der langen Kriegszeit heruntergewirtschafteten Zustand der Werke. Reparaturen hatten nur notdürftig und zum Teil nur mit Ersatzstoffen ausgeführt werden können. Dazu kam die teilweise sehr gesunkene Arbeitsmoral, zum großen Teil eine

Folge an allem Lebensnotwendigen: Nahrung, Kleidung, Brennmaterial usw. Auf dem linken Rheinufer wurde durch den auf allen liegenden Druck der Besatzungsmächte doch eine Art Gemeinsamkeitsgefühl erzeugt. Das fiel im unbesetzten Deutschland fort. Überall flakerten mal hier, mal dort Unruhen und Aufstände auf, gegen die aus Freiwilligen gebildete Truppen eingesetzt werden mußten.

Bei meiner Tante, Paula Rittershaus (III k) auf Gut vor der Hardt in Barmen lernte ich bald eine angeheiratete Nichte meiner Kusine Emma Wuppermann kennen, Charlotte Meumann, die dort nach einem Jahr in einer Maidenschule ihr Praktikum machten. Im Februar 1920 verlobten wir uns. Kurz darauf wurde ich nach dem in Berlin-Zehlendorf liegenden Werk der Papierfabrik versetzt, das zu einer Kunstseidenfabrik umgebaut wurde. Am Abend des 28. Februar fuhr ich von Essen, der Heimatstadt meiner Braut, nach Berlin ab.

Die Postsperre für private Telegramme machte erfinderisch, — man mußte Privatnachrichten geschäftlich frisieren. Mein Bruder Günther benachrichtigte unsern Vater von der Geburt seines Ältesten aus Bremen wie die Ankündigung einer Baumwollsendung mit den Worten: „Enkelmarke angekommen, Stapel gesund blond, kräftig, Probemuster 5 Pfund, Verkäufer gut“. Und ich teilte meine Verlobung mit: „Gründung Firma Meumann Langen gesichert“, und bekam Vaters Antwort: „Beteilige mich in jeder gewünschten Höhe“. Und als während des Kapp-Putsches als einzige Nachrichtenübermittlung von Berlin aus nur Geschäftstelegramme möglich waren, verständigten meine Braut und ich uns durch Nachrichten über Steigen und Fallen von Aktienkursen.

Gegen die Versetzung nach Berlin hatte ich doch angesehen. In dem Häusermeer wohnen, noch dazu bald mit einer Frau, die wie meine Braut das Landleben so sehr liebte, war wenig sympathisch. Ich atmete daher auf, als die Straßenbahnfahrt von Bahnhof Berlin-Zoologischer Garten über Lichterfelde-Süd schließlich an Feldern und Kieferbeständen vorbeiführte. Von der letzten Haltestelle vor Teltow ging es in wenigen Minuten über den Teltowkanal zu dem unmittelbar an diesem gelegenen Verwaltungsgebäude der Papierfabrik auf Zehlendorfer Gebiet. Die große Papiermaschinenhalle war Ende des Krieges ausgebrannt, das Werk wurde zugunsten der Überholung des Elberfelder Werks ausgeschlachtet und sollte, wie schon bemerkt, zu einer Kunstseidenfabrik umgebaut werden. Eine Versuchsmaschine zur Erzeu-

gung von Kunstfasern war bereits im Betrieb. Also auch hier interessante Arbeit in Hülle und Fülle.

Mitte März begann der Kapp-Putsch, der das Ziel hatte, die sozialdemokratische Regierung durch eine rechtsgerichtete zu ersetzen. Erstere rief zum Generalstreik auf, aber da es sich um eine rein politische Frage handelte, sollten die Betriebe, bei denen die Stilllegung zu Materialverlusten führen würde, weiterarbeiten. Das war bei der Spinnstoffabrik Zehlendorf G.m.b.H. — so firmierte die neue Firma — der Fall. Bei der Herstellung von Cellulose-Kunstseide verdirbt nämlich die in den chemischen Prozeß gegebene Cellulose-Pappe, wenn die Zeiten für die verschiedenen Stadien der Umwandlung in den flüssigen Zustand nicht genau eingehalten werden und die flüssige Masse verdickt schnell und erhärtet. Trotzdem beschlossen die Arbeiter zu streiken. Durch das Einspringen aller Angestellten und einiger Arbeiter, die den Streik nicht mitmachten, wurde in mehrtägigen 2×12 -Stundenschichten, also im Tag- und Nachtbetrieb, das im chemischen Prozeß befindliche Material aufgearbeitet. Für die Freischicht wurden Ruhelager eingerichtet, die Verpflegung lieferte ein Teltower Gasthof. So brauchte keiner das Grundstück zu verlassen und sich Unannehmlichkeiten durch die Streikenden auszusetzen. Es zeigte sich aber bei der Gelegenheit schon, daß die Lage des Werks so unmittelbar an der Stadtgrenze ihre Nachteile hatte. Nach dem Versailler Diktat durfte die Berliner Polizei nicht über die Stadtgrenze hinausgehen. Unruhestifter, Diebe u.s.w. waren längst jenseits der Grenze „in Sicherheit“, bevor die Polizei heran sein konnte, und die Polizei des Kreises Teltow war zu schwach, als daß sie überall an der Grenze hätte eingreifen können.

Als Wohnung war für mich ein leerstehendes Pförtnerhaus bei dem am entgegengesetzten Ende des Grundstücks gelegenen Eisenbahnausgang vorgesehen. Meine Braut und ihre Mutter kamen im Frühjahr, um sich unser zukünftiges Heim anzusehen, das wir dann im Juli, nach Beendigung unserer Hochzeitsreise, sehr gemütlich eingerichtet vorfanden. Der Transport der Möbel war in einem mit vernieteten Schrauben verschlossenen Waggon glatt verlaufen, eine Frachtgutsendung dagegen aufgebrochen worden. Mutter Meumann war deshalb mit den wertvolleren Sachen als Passagiergepäck gekommen und zwar, um es nicht aufgeben zu müssen, vierter Klasse — also Personenzug. Mit den Koffern kam auch eine Kiste, die unser

„lebendes“ Hochzeitsgeschenk enthielt, einen Hahn und ein Huhn von vor der Hardt — damals ein Wertgegenstand.

Das Häuschen lag vollkommen frei, schutzlos den Hauptwinden von Ost und West preisgegeben. Wir pflanzten aber alles Gesträuch, das auf dem Werkgrundstück weggenommen wurde, bei ihm an, und hatten, als unsre Lene im April 1921 geboren wurde, schon einige windgeschützte Stellen, wo der Kinderwagen und später das Ställchen stehen konnten. Als im März 1923 unsre Ursel folgte, war der Garten eingezäunt. Weniger schön waren für Lotte die weiten Wege zu den Lebensmittelgeschäften: bis zu unserer Straßenbahnhaltestelle 12 Minuten, mit dieser nach Lichterfelde-Ost 25 Minuten Fahrzeit, nach Teltow von der Haltestelle aus weitere 12 Minuten, zum Milchbauern vom Haus aus in anderer Richtung 20 Minuten und nach Zehlendorf-Mitte wieder in anderer Richtung eine gute halbe Stunde Fußweg. Selbst mit Rad waren die Wege nicht nur zeitraubend, sondern besonders bei Sommerhitze und den kalten Winterwinden anstrengend.

Der Wert der Mark war schon während des Krieges stetig gesunken; der USA-Dollar, der Wertmaßstab, im Frieden M 4.20, kostete am 2. I. 1919 schon M 7.95, am Tag der Unterzeichnung des Versailler Diktats (12. VI. 1919) M 13.05. Gleich nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes hatten die Kriegsentschädigungslieferungen in Kohle und Koks begonnen, die vom Reich bezahlt werden mußten. Gegenwerte in Gold oder Devisen waren nicht mehr vorhanden, die Ausfuhr war gering, die Steuereingänge ebenfalls — es blieb nur die Möglichkeit, ungedecktes Papiergeld herauszugeben. Der Wert der Mark sank dementsprechend weiter, am Jahresende 1919 stand der Dollar auf M 48.45.

Außer dem Verlust von Elsaß-Lothringen und den Gebieten um Eupen-Malmedy mußte das Reich weite Gebiete im Osten abtreten, gerade die, deren landwirtschaftlicher Überfluß zur Ernährung des Westens in großem Umfang beigetragen hatte. Also mußten Lebensmittel mit ausländischer Währung hereingeholt werden.

Die Forderungen des Versailler Diktats waren so hoch, daß sie mehrfach abgelehnt wurden. Trotzdem nahm Frankreich einen verhältnismäßig kleinen Rückstand zum Anlaß, 1920 die Gebiete zwischen den Brückenköpfen am Rhein und das Land nördlich des Kölner Brückenkopfes in breiten Streifen zu besetzen, ungeachtet, daß dadurch die

Schwierigkeiten für Deutschland weiter erhöht wurden. Der Wert der Mark sank von M 63.90 Mitte März auf M 184.— je Dollar am Jahresende.

Entsprechend verteuerte sich das Leben in Deutschland. Die Kosten für die amtlich auf Karten herausgegebenen Lebensmittel für eine vierköpfige Familie betrugen in Düsseldorf z. B. im November 1919 M 236.—, im Mai 1920 dagegen M 504.—, also über das doppelte. Wie sich die Lebensmittel und die Preise auf die 4 Maiwochen vom 1. bis 28. Mai verteilten, zeigt für Düsseldorf die nachstehende Tabelle der Lebensmittelaufteilung je Kopf:

	1.—7. V.		8.—14. V.		15.—21. V.		22.—28. V.	
	gr	M	gr	M	gr	M	gr	M
Margarine	150	4.50	175	5.25	150	4.50	150	4.50
Kokosfett	150	6.—						
Rübenkraut	200	1.60						
Zucker	150	0.66	150	0.66	150	0.66	150	0.66
Reis	150	2.85	150	2.85	100	1.90	100	1.70
Haferflocken	150	1.44	150	1.44	100	0.96		
Dosenkonserve Dose	1	5.90						
Kriegsbrot Pfund	3½	4.20	3½	4.20	3½	4.20	3½	4.20
Brot Pfund	2	6.35	1	3.17				
Fleisch	100	2.70			200	5.40		
Marmelade			200	2.08			200	2.08
Preißelbeeren			100	1.24				
Süßstoff Briefchen			1	1.—				
Graupenfabrikate			100	0.15	100	0.15		
Cornedbeef			150	4.50			200	6.40
Kartoffeln Pfund			3	1.80	5	3.00	5	3.00
Schmalz					150	6.60		
Kunsthonig					220	2.60		
Milchpuddingpulver								
Päckchen					1	0.55		
Maispuderstärkemehl					100	1.14		
Nierenfett							150	6.—
Sago							100	0.97
Hülsenfrüchte							150	1.05

Alle übrigen Lebensmittel mußten auf dem freien Markt gekauft werden und waren entsprechend teuer — so kostete z. B. im Mai 1920 Milch M 2.40/l. Ähnlich wie in Düsseldorf waren die Verhältnisse überall in Deutschland. Wie eine Hausfrau mit der in der Tabelle aufgeführt

ten, auf 4 Wochen verteilten Menge von Lebensmitteln, deren Qualität auch noch öfters zu wünschen ließ, und den zwar vielerlei, aber meist nährwertlosen Ersatzstoffen auskommen sollte und mußte, kann sich heute wohl kaum jemand vorstellen.

Die Unruhen in Deutschland dauerten an, Reichswehr und Freiwilligen-Korps mußten immer wieder eingreifen. Die Verhandlungen über die Kriegsentschädigungen gingen weiter, doch mit wirtschaftlicher Einsicht war bei den Alliierten nicht zu rechnen. Am 2. Januar 1923 wurden auf französischen Druck hin Verfehlungen Deutschlands gegen den Versailler „Vertrag“ festgestellt. Am 11. Januar besetzte Frankreich allein, — mit Duldung Englands und der USA, von denen letztere aber ihre Truppen aus Europa abzogen, — das Ruhrgebiet, um sich dort mit Gewalt schadlos zu halten. Das Auftreten des französischen Militärs brachte es aber sehr bald dahin, daß es zu passivem Widerstand der ganzen Bevölkerung kam. Gleich zu Anfang der Besetzung war es in den Krupp'schen Werken in Essen zu Unruhen gekommen, Krupp von Bohlen und Halbach sowie einige Direktoren und Arbeiter waren verhaftet worden. Das neu besetzte Gebiet wurde vom unbesetzten Deutschland abgesperrt. Franzosen und Belgier, erstere auch von dem von ihnen inzwischen übernommenen amerikanischen Besatzungsgebiet aus, unterbrachen die Zugverbindungen auch an den Grenzen der englischen Besatzungszone. Die Belgier versahen die Ausweise mit einem neuen Stempel, den nur nachgewiesene Bewohner ihrer Zone bekamen; mein Ausweis verlor damit seine Gültigkeit. Die Engländer bekamen für die Bewohner ihrer Zone die Zusage, daß mit einem Sonderstempel versehene Ausweise zum freien Verkehr mit dem Ruhrgebiet und von dort aus auch nach dem unbesetzten Deutschland berechtigten.

Im Ruhrgebiet arbeiteten nur die lebenswichtigen Betriebe, in allen anderen Werken und Betrieben wurden nur die notwendigen Sicherungsarbeiten (z. B. in den Gruben die Wasserhaltung) geleistet. Die deutsche Regierung sagte dem Kampf volle Unterstützung zu. Die Straßenbahnen fuhren, um einigermaßen den Verkehr aufrechtzuhalten, denn die Bahnen lagen still. Nur ab und zu fuhr ein Zug, dessen Abfahrtszeit man auf dem Ausgangsbahnhof erfragen konnte. Je nachdem die Strecken von den Franzosen bewacht wurden, wurde der Zug über eine Staatsbahnstrecke, einen Rangierbahnhof oder eine Werksbahn geführt. Ob und wann er am Zielbahnhof oder in dessen

Nähe ankam, konnte keiner voraussagen. Das hing alles von der augenblicklichen Lage ab.

Versuche der Franzosen, mit eigenen Leuten die Kohlen- und Koks-
halden abzutransportieren, scheiterten an der Kompliziertheit des
Bahnnetzes, — sie fanden sich in dem Gewirre von Gleisen nicht zu-
recht. War es ihnen aber einmal gelungen, eine Strecke fahrfertig zu
machen, wurden Weichen gesprengt, einmal flog eine wichtige Brücke
in die Luft. Als es den Franzosen gelang, einen der Führer der Stö-
rungstrupps, Schlageter, zu fassen, wurde dieser zum Tode verurteilt
und auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf standrechtlich erschos-
sen. Trotz aller angedrohten Strafen wurden die von der deutschen
Regierung geschickten Unterstützungsgelder in das Gebiet hereinge-
schmuggelt und verteilt.

Zu gleicher Zeit versuchten die Franzosen nochmals, mit Gewalt die
Abtrennung des linken Rheinlandes und die Bildung einer selbstän-
digen rheinischen Republik zu erreichen. Zu Anfang des Jahres tauch-
ten im Siebengebirge Banden auf, wurden aber durch Freiwillige in der
„Schlacht im Siebengebirge“ zersprengt. Auch in dem gerade von den
Amerikanern den Franzosen übergebenen Gebiet wurden separatisti-
sche Versuche von den Eifelbauern unterdrückt (Zug nach Wittlich).
In der Pfalz wurde der Separatistenführer, Heinz Orbis, am 9. Januar
ermordet und 3 Tage später das Bergamt in Pirmasens, in dem sich
die Bande verbarrikadiert hatte, gestürmt.

Die Unterstützung des Ruhrkampfes von 1923 kostete ungeheure
Beträge, die nur durch immer neue ungedeckte Banknoten geliefert
werden konnten. Der Wert der Mark sank in's Bodenlose. Für einen
USA-Dollar mußten gezahlt werden:

am 2. I.	M 7.260	am 30. VI.	M 154.000
„ 14. I.	„ 10.450	„ 31 VII.	„ 1.100.000
„ 31. I.	„ 49.000	„ 31. VIII.	„ 10.300.000
„ 28. II.	„ 22.700	„ 28. IX.	„ 160.000.000
„ 29. III.	„ 20.975	„ 31. X.	„ 730.000.000
„ 30. IV.	„ 29.800	„ 19. XI.	„ 2.500.000.000
„ 31. V.	„ 69.500	„ 20. XI.	„ 4.200.000.000

Die letzten scharfen Stürze traten ein, als die Regierung Ende Septem-
ber zur Aufgabe des passiven Widerstandes und zur Wiederaufnahme

der Arbeit raten mußte. Anfang des Monats Oktober hatte in München Hitler versucht, eine nationale Bewegung ins Leben zu rufen. In Sachsen begann ein kommunistischer Aufstand, zu dessen Niederwerfung die Reichswehr eingesetzt werden mußte. Die Unruhe war so groß überall, daß für das ganze Reichsgebiet der Ausnahmezustand erklärt wurde. Das Chaos war da.

Außer dieser Entwertung des staatlichen Geldes gab es im unbesetzten Deutschland eine weitere Geldinflation. Kurz nach Kriegsbeginn wurden die Scheidemünzen durch eisernes Geld ersetzt, aber die Menge dieses Ersatzgeldes genügte bald nicht mehr den Anforderungen. Deshalb gaben zuerst einige Städte und Kreise eigenes „Notgeld“ heraus aus Eisen und nicht kriegswichtigen Metallen, und da auch diese bald nur als Ersatzstoffe für weniger wichtige Zwecke gebraucht werden durften, ging man zu Papier über. Der Kreis der solches Notgeld herausgebenden Städte, Kreise u.s.w. wuchs ständig, auch der Nennwert der Scheine wuchs mit dem Absinken des Markwertes. Ende 1922 wurde aber das „Notgeld“ ganz offensichtlich ein Mittel zur Auffüllung der Gemeindegeldsäcke. Das Papiergeld zerfledderte schnell, es lohnte sich nicht, es einzutauschen, da es nach kurzer Zeit doch nichts mehr wert war, und schließlich — es verschwand, da es doch nur in einem eng begrenzten Gebiet gültig war, aus der Gegend, wenn man es Fremden als Wechselgeld gab. Von jeder Reise, gleich wohin, brachte man „Geld“ mit nach Hause, mit dem man nichts mehr anfangen konnte. Allerhand aber mußte das Sammeln des „Notgeldes“ einbringen, denn man ging dazu über, ganze Serien zum Teil öfters wechselnder Scheine auszugeben. Berlin gab gleichzeitig 21 Scheine zu 50 Pfennigen heraus, für jeden Bezirk ein anderes Bild, Eisenach gleichzeitig 6 Scheine zu 50 Pf. mit Bildern aus der Lutherzeit, Köln eine Serie mit Bildern aus der städtischen Sage (Teufel und Dombaumeister, Heinzelmännchen), den Kölner Funken u.s.w., ferner Serien von Scheinen verschiedener Werte mit wechselnden kleinen Abarten, Leopoldshall gleich 3 Serien zu 25, 50 und 75 Pf. mit verschiedenen Bildern aus der Salzgewinnung. Manche Städte gingen in diesem Geschäft noch weiter; sie gaben eine Serie von „Notgeld“ heraus und boten sie in Zeitungen an. In Genthin, (zwischen Magdeburg und Berlin), boten die an Zügen ihre Ware anbietenden Kellner vor allem auch die in einem Umschlag fertig verpackte druckfrische Serie (25, 50 Pf, 1, 2 und 5 M) an. Der Umschlag trug die Aufschrift: „Ist's nicht

recht eine verkehrte Welt? Die kleinste Stadt druckt eignes Geld! Und doch, die Heimat zeigt sein Bild — die Vaterstadt, die mehr als Geld dir gilt, dir gelten sollte, wenn du nicht allein auf eigne Faust ein Narr willst sein.“ Es war wirklich eine verkehrte Welt, die mit der Stabilisierung der Mark, der Einführung der „Rentenmark“ im November 1923, ein Ende nahm.

Dem Absinken des Markwertes entsprechend stiegen die Lebenshaltungskosten, nur gab es außer den amtlich zugeteilten Nahrungsmitteln auf dem Markt wenig zu kaufen und nur zu entsprechenden Preisen. Tägliche Abschlagszahlungen vom Lohn wurden eingeführt — die Lohnverrechnung wurde immer komplizierter. Aber auch die Auszahlung der Beträge machte Schwierigkeiten. Das eine Mal konnte die Bank nicht die verlangten Mengen „kleiner“ Scheine (damals 50.000 und 100.000 M) liefern. Abends mußten für die Auszahlung der Löhne eines Teils der Nachmittags- und der Nachschicht, die „großen“ Scheine in Lebensmittelgeschäften, nach 20 Uhr an Kinokassen gewechselt werden. Einige Monate später ereignete sich folgender Fall: Das Lastauto, mit dem die Löhnung, die der großen Menge des Papiergeldes wegen, in Säcken geholt werden mußte, blieb über die gewohnte Zeit aus. Die Bank gab an, der Kassenbote sei schon längere Zeit fort. Endlich kommt der mit einer Plane bedeckte Wagen an, die mit Revolvern bewaffneten Begleiter springen ab — die Fahrt war ohne Störung verlaufen. Sack auf Sack geht durch ein Kellerfenster ins Verwaltungsgebäude. Dann aber ist der Boden des Wagens hoch bedeckt mit einer Menge Bündel in ungefährer Größe 17 x 10 x 10 cm; sie enthalten je 10 Millionen M in 20.000 M-Scheinen, die sofort an den Wänden des Raumes in leicht übersehbarer Weise aufgestapelt werden. Die Notenpresse war mit dem immer schnelleren Sturz der Mark nicht mehr mitgekommen, die Bank hatte auf die wegen ihrer Geringwertigkeit bereits zur Vernichtung fertiggemachten Scheine zurückgreifen müssen. Unter dem Schutz einer großen Zahl von Polizisten waren auf offener Straße solche Pakete körbeweise in die Firmenautos ausgekippt worden. Das hatte natürlich wesentlich länger gedauert. Wie aber sollte man die gebündelten Millionen aushändigen? Der Wochenlohn eines Arbeiters lag über 10 Millionen M. — Das war insofern günstig, als die Bündel nicht aufgelöst zu werden brauchten. Andererseits konnte man sie auch nicht den Leuten bei der Lohnauszahlung während der Arbeitszeit im Betrieb aushändigen. Wie sollte man sie bis zum Schluß

aufbewahren und dann durch Waschraum und Garderobe mitnehmen? Mit der Adremamaschine, mit der die Lohndüten, die Lohnlisten u.s.w. gedruckt wurden, wurden „Gutscheine“ über 10 Millionen M. gedruckt. Durch Aushang wurde auf die Gutscheine in den Lohndüten aufmerksam und die Ursache dieser Art Auszahlung bekannt gemacht; ferner, daß die Einlösung an einem bestimmten Fenster des Kellergeschosses im Verwaltungsgebäude nahe beim Ausgang erfolgen werde. Wie aber würden die Leute auf die Bündel reagieren, wenn sie sie sahen? Die Stimmung war bei den unsicheren Zeiten sowieso unruhig. Als die ersten Arbeiter um 22 Uhr 45 kamen, wurden sie vom Kellerfenster aus mit den Worten empfangen: „Gutscheine werden hier ausgelöst — es gibt heute Backsteine.“ Ein Angestellter wechselte Gutschein gegen ein Bündel aus, 2 andere schafften die nächsten heran. So entstand keine Stockung. Die Bezeichnung „Backsteine“ (wegen der roten Farbe der Banknoten) hatte Lachen ausgelöst. Sicherheits halber war mit der Straßenbahn eine Verabredung getroffen worden, daß die Sonderwagen etwas später abfahren und die Anschlußwagen diese abwarten sollten.

Bei den ständig steigenden Preisen versuchten einige Werke im Einvernehmen mit den Betriebsräten, Lebensmittel, vor allem Fette, im großen einzukaufen und zum Einkaufspreis, auf den Lohn verrechnet, abzugeben. War die Ware nicht in der erforderlichen Menge zu bekommen, um alle zu befriedigen, wurde mit dem Betriebsrat festgelegt, wer bedacht werden sollte.

Die Kommunisten versuchten immer wieder, die unübersichtlichen Verhältnisse zur Herbeiführung von Streiks auszunutzen. Eines Tages begann bei der Spinnstofffabrik plötzlich ein Sitzstreik. Die Belegschaft wechselte zwei- bis dreischichtig, ohne auch nur einen Griff zu tun. Wieder waren es einige Arbeiter, die den Streik nicht mitmachten; sie wurden eingesetzt, die notwendigen Absicherungen zu machen und vor allem das im chemischen Prozeß befindliche, dem Verderben verfallene Material aus Apparaten und Leitungen möglichst zu entfernen. Der Sitzstreik dauerte einige Tage bis zum nächsten Samstag; dann drangen, als alle Angestellten das Verwaltungsgebäude verlassen hatten, einige von der Teltower Kanalseite kommende Kommunisten in dieses ein, und eine Kommunistin — es wurde behauptet, es sei Klara Zetkin gewesen — forderte die bei dem schönen Wetter im Freien lagernden Arbeiter auf, das Werk zu verlassen, es werde jetzt richtig

gestreikt. In kürzester Zeit war das Werksgelände frei. Sämtliche streikenden Arbeiter, ca. 1800 wurden nunmehr entlassen, denn wann der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte war zweifelhaft. Das hing davon ab, in welcher Zeit Maschinen, Apparate und Rohrleitungen gereinigt und gebrauchsfertig waren. Die Inbetriebnahme konnte nur schrittweise vor sich gehen und zog sich über mehrere Wochen hin.

Ende Oktober erhielt ich die Nachricht, das Befinden meines Vaters habe sich verschlechtert; wenn ich ihn nochmal sehen wolle, müsse ich bald kommen. Mutter Meumann hatte gerade eine schwere Operation hinter sich und lag in Essen im Krankenhaus. So entschloß ich mich zu einer Reise M. Gladbach—Essen, wohin ich nur über Köln fahren konnte mit meinen Ausweisen. Im Werk konnte ich nur kurz fort, da jeden Tag neue Fragen auftauchten.

Am 2. November, einem Freitag, fuhr ich mittags von Berlin ab. Der Zug war, wie jeder der 3 Tagesverbindungen nach Köln, überbesetzt. An der Grenze der englischen Besatzungszone war keine Kontrolle. Gegen 22 Uhr kam ich in Köln an. Schnell war festgestellt, daß ich um 5 Uhr früh nach Stommeln, der letzten Station der Linie im englisch besetzten Gebiet, weiterfahren konnte, von dort nach dem etwa 5 km entfernten Rommerskirchen, der ersten Station der belgischen Zone, zu Fuß gegen mußte, um den Anschluß nach M. Gladbach zu erreichen. Fahrkarte gab's nur bis Stommeln. Wie aber die Stunden bis zur Weiterfahrt verbringen? In der Stadt waren alle Gastwirtschaften geschlossen.

Den früher so sauberen Bahnhof kannte ich nicht wieder. Der ehemalige Wartesaal 1. u. 2. Klasse war für Deutsche gesperrt. Der andere Wartesaal war dicht gefüllt mit Menschen, die, soweit sie nicht auf Stühlen und Bänken Platz gefunden hatten, auf Koffern, Kisten, Säcken oder auf dem bloßen Boden saßen. Die Luft war verbraucht, verqualmt. Hier und da quetschte sich ein Kellner durch die Menge.; wer etwas wollte, drängte sich am besten zur Theke durch. Das Publikum, teilweise Schieber, vor allem aber Hamsterer, die in tagelangen Fahrten Lebensmittel für ihre Familien zusammengeholt oder diese Reise noch vor sich hatten, dazwischen Eltern mit Kindern und Kleinstkindern, alle mit übermüdeten, abgespannten und resignierten Gesichtern. In den Tunnels dasselbe Bild, nur war es dort wegen der Kälte nicht so voll, aber man hatte wenigstens frische Luft. Die Bänke

auf den Bahnsteigen waren auch zum großen Teil besetzt, aber zum „Aufwärmen“ ging nicht nur ich ab und zu in den Tunnel, in dem man wenigstens vor Wind geschützt war.

Der Marsch durch die klare, kalte Luft erfrischte. Mit meinem englischen Ausweis hatte ich in Rommerskirchen keine Schwierigkeiten bei der Kontrolle, — mein Berliner Ausweis war schon sofort hinter Elberfeld im Stumpf verschwunden. Der Kauf der Fahrkarte in Köln und Rommerskirchen hatte mir gezeigt, daß ich mit dem mitgenommenen Geld nicht ausreichen würde. Bei meiner Abreise aus Berlin stand der USA-Dollar auf 320 Milliarden, als ich in Rommerskirchen war, auf 420 Milliarden M. In M. Gladbach beschaffte ich mir zuerst eine Fahrkarte nach Essen, erfuhr, wann ein Zug nachmittags nach Duisburg fuhr, und daß ich dort sehen müsse, wann und wie ich weiter käme.

Mit Vater hatte ich einige schöne Stunden des Zusammenseins, mußte aber schon am frühen Nachmittag weiterfahren. Auf Grund meiner Erfahrungen bat ich Vater um einen Zuschuß zur Reise. Der Abschied fiel uns nicht leicht, denn auch Vater ahnte wohl, daß wir uns das letzte Mal sahen.

In Duisburg fuhr auch ein Zug nach Essen, aber welche Strecke er fuhr, weiß ich nicht — jedenfalls nicht die gewohnte. Irgendwo und irgendwann hielt der Zug — einmal auf einem Werksgelände — es wurde ausgerufen: „aussteigen für . . .“, einige Türen klappten, dann ging's weiter. Einsteigen tat fast keiner. Schließlich kamen wir in Essen Hauptbahnhof an, der Zug war glücklich durchgeschmuggelt.

Vater Meumann freute sich über mein unerwartetes Kommen, am Sonntag Morgen besuchten wir Mutter im Krankenhaus, — ich konnte beruhigende Nachrichten nach Hause bringen.

Die Bahnverbindungen ins unbesetzte Deutschland waren, wie schon bemerkt, unterbrochen, doch war mit der Straßenbahn Elberfeld zu erreichen. Mit meinem englischen Ausweis hoffte ich ohne Schwierigkeiten dorthin zu kommen. Der Umweg über Köln hätte einen Tag mehr gekostet. Vater Meumann steckte mir sicherheitshalber eine ordentliche Summe ein, denn wie der Dollar stand, war, weil Sonntag, unbekannt.

Nach mehrfachem Umsteigen saß ich in der Straßenbahn, die in's unbesetzte Deutschland, nach Elberfeld fuhr. Kurz vor der Grenze riet der Schaffner mir, meinen Koffer griffbereit zum Öffnen zu halten. An

der Grenzhaltestelle, bei einem Gartenlokal stieg ein französischer Unteroffizier ein, winkte, als ich meinen Koffer öffnen wollte, ab, sah meinen Ausweis flüchtig an und sagte: „Nix gut“, ging aber weiter. Der hinter ihm stehende Schaffner legte einen Finger an den Mund und folgte dem Unteroffizier. Als er zurückkam, legte er wieder den Finger an den Mund und gab das Abfahrtzeichen. Nachdem wir eine Zeitlang gefahren waren, meinte er, ich hätte Glück gehabt. Die Franzosen ärgerten sich über den Sonderstempel und hielten in der Regel Reisende, die mit solchen Ausweisen ins unbesetzte Deutschland führen, zurück, manchmal bis zu 24 Stunden. Bei dem schönen Wetter habe der Kontrolleur seine Freundin, die draußen gestanden habe, nicht warten lassen wollen. Ich hatte also wirklich Glück gehabt. In Elberfeld war mein erster Gang zum Schalter, um eine Karte nach Berlin zu lösen; ich mußte aber feststellen, daß nach dem kurz vorher bekanntgegebenen „Multiplikator“ mein Geld nicht mehr reichte. Die Bahn gab täglich mehrere Male die Zahl bekannt, mit der der auf der Fahrkarte aufgedruckte Preis jeweils multipliziert werden mußte. Ich suchte daher die Frau des Hauptprokuristen der Elberfelder Papierfabrik auf, er selbst war gerade in Berlin. Da sie nicht genug Geld im Hause hatte, — jeder suchte ja sein Geld möglichst schnell in Ware umzusetzen, — lieh sie sich den fehlenden Rest zusammen. Ich konnte meine Fahrkarte lösen und folgte danach ihrer Einladung zum Abendessen.

Kurz vor der Abfahrt des Zuges wieder in der Bahnhofshalle, sah ich eine alte Dame, fassungslos und verzweifelt. Sie wolle nach Hamburg, habe aber nicht mehr genug Geld für eine Karte zweiter Klasse. Für dritte Klasse reiche es, aber sie sei noch nie in ihrem Leben dritter Klasse gefahren. Ich riet ihr dringend, umgehend eine Karte dafür zu lösen, für den Rest im Wartesaal Butterbrote zu kaufen, damit sie etwas zu essen habe. Dritter Klasse zu fahren sei nicht schlimm, ich benutze sie auch. Wenn sie aber bis zum anderen Morgen warte, käme sie vielleicht nicht einmal mehr vierter Klasse nach Hamburg. Ich konnte ihr nur noch bestätigen, daß wir alle die Zeit nicht mehr verstünden, sie solle nur so handeln, wie ich ihr geraten habe. Ich könne ihr leider nicht mehr helfen, da mein Zug in wenigen Minuten führe. Wie mag es ihr ergangen sein? Am anderen Morgen hatte ich in Berlin noch gerade das Geld für die Fahrt nach Zehlendorf.

Rund 14 Tage später, am 18. November, reiste ich zu Vaters Beerdi-

gung wieder nach Gladbach. Der Dollarkurs war auf 2520 Milliarden M gestiegen. Um bei dem schlecht gewordenen Wetter in Köln nicht wieder stundenlang warten und dann den 5 km-Marsch über die völlig ohne Windschutz durch die Gegend laufende Landstraße machen zu müssen, entschloß ich mich, von Elberfeld aus über das zwar auch von den Franzosen besetzte Düsseldorf zu fahren. Abends in Elberfeld angekommen, fragte ich den Fahrdienstleiter nach einem Zug für die Weiterfahrt. „Wenn ich frage, so hat das ja einen besonderen Grund.“ Er nickte verständnisvoll. „Fahren Sie mit dem Zug um vier Uhr. Kontrolle ist in Vohwinkel. Sie „schlafen“, sind nicht wach zu kriegen. Meistens ist es der Kontrolle zu früh, besonders bei solchem Wetter. Viel Glück.“ Ich war allein im Abteil. Bei der Ankunft in Vohwinkel „schief“ ich. Türen klapperten, Schritte kamen näher und entfernten sich. Endlich fuhr der Zug ab — ich war durch, ohne Einreise- und Aufenthaltsgenehmigung, die ich bei diesem direkten Weg nötig gehabt hätte. Auch meine Brüder Otto und Herbert schmuggelten sich durch, meine beiden Schwestern wohnten im besetzten Gebiet, und mein Bruder Günther hatte Aufenthaltsgenehmigung für M. Gladbach. Die Rückreise machte ich trotz des Fußmarsches über Köln, da ich das Risiko einer Kontrolle in Vohwinkel am hellen Tag nicht laufen wollte. Inzwischen war der Dollar am 20. XI. auf 4200 Milliarden gestiegen.

Der Ruhrkampf war anscheinend verloren, aber der Widerstand der Bevölkerung und die ungeheure Wertminderung der Mark hatten doch den Erfolg, daß Frankreich sein Ziel, die Abtrennung des linken Rheinufers zu erzwingen und auf das Ruhrgebiet die Hand zu legen, nicht erreichte — England und die USA setzten sich nun dagegen.